

## **Bürgermeister stellt klare Forderungen an das Eisenbahn-Bundesamt**

*Weißenthurm.* Derzeit erleben viele Menschen im Mittelrheintal in Sachen Bahnlärm ein Wechselbad der Gefühle. Einerseits berechtigt das am 29. Juli in Kraft getretene „Gesetz zum Verbot des Betriebs lauter Güterwagen“ zu der Hoffnung, dass es ab 2020 leiser werden könnte im lärmgeplagten Tal des Mittelrheins.

Dem steht aber Bundesverkehrsminister Dobrindts „Masterplan Schienengüterverkehr“ vom Juni 2017 entgegen. Darin wird die Absicht deutlich, die Anzahl der Züge um 40 % zu erhöhen, die Länge der Güterzüge von bisher 600 Meter auf 740 Meter - später sogar auf 1.000 Meter - zu verlängern und für die „deutliche“ Reduzierung der Anlagen- und Trassenpreise im Haushalt 2018 350 Millionen Euro Steuergelder bereitzustellen, um so die Transportkosten auf der Schiene in Konkurrenz zum Straßengüterverkehr erheblich zu senken.

„Dieser von der Bundespolitik gewollte massive Anstieg des Güterzugverkehrs wird bald zur Regel machen, was wir hier vor Ort in Weißenthurm - insbesondere in der Nacht - bereits mehrfach leidvoll erfahren haben: Bis zu 40 Zugbewegungen in der Stunde! – und das hält dann auf Dauer kein Mensch mehr aus“, so der Vorsitzende der Bürgerinitiative „WIR gegen Bahnlärm in der VG Weißenthurm e.V.“ Rolf Papen und fügte an: „Wer heute als Politiker die grundsätzlich zu begrüßende Forderung nach einer Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene unterstützt, ohne den erforderlichen Schutz hunderttausender Bahnanwohner vorab zu gewährleisten, verstößt ganz erheblich gegen den Geist unseres Grundgesetzes.“

Es war dann auch die große Sorge um die Gesundheit vieler Bürgerinnen und Bürger, die den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Weißenthurm Georg Hollmann mit Zustimmung des gesamten Verbandsgemeinderates veranlasste, sich im Rahmen der ersten Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärmaktionsplanung 2017/2018 mit klaren Forderungen an das Eisenbahn-Bundesamt zu wenden.

Dazu stellte Georg Hollmann fest: „Auch wenn wir in Sachen Bahnlärmreduzierung einiges erreicht haben, kommt es nun darauf an, dass die Fortschritte nicht durch ein deutliches Mehr an Güterzügen - ohne erforderliche Lärmschutz- und Modernisierungsmaßnahmen - unwirksam werden. Daher haben wir klar und unmissverständlich folgende Forderungen im Interesse der Betroffenen, aber auch im Interesse der Zukunft unserer Region, gegenüber dem Eisenbahn-Bundesamt erhoben.“

- 1. Wir erwarten eine kurzfristige Instandsetzung und nachhaltige Instandhaltung der Züge sowie der Infrastruktur. Insbesondere ist es erforderlich, aktive Lärmschutzmaßnahmen in den Ortslagen Weißenthurm und Mülheim-Kärlich, Stadtteil Urmitz-Bahnhof, umzusetzen. Hier ist beispielhaft der Bau der Gabionenwand in der Bahnhofstraße in Weißenthurm zu nennen.**
- 2. Innerhalb von Ortsdurchfahrten ist die Zuggeschwindigkeit auf maximal 70 Kilometer pro Stunde zu reduzieren.**
- 3. Der Maßnahmenkatalog des „Projektbeirates leiseres Rheintal“ ist umzusetzen.**
- 4. Die Machbarkeitsuntersuchung im unteren Mittelrheintal ist unverzüglich fortzusetzen.**
- 5. Wir erwarten den Einsatz moderner Schienenlärmschutzmaßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms auf ein vertretbares Maß, so wie es an Neubaustrecken üblich ist.**

6. **Auch am rollenden Material ist weiterer moderner Lärmschutz zur weiteren Reduzierung des Bahnlärms erforderlich, insbesondere während der Nachtstunden. Neben Flüsterbremsen (K- oder LL-Sohlen) sollen auch Radabsorber an Güterwaggons zum Einsatz kommen.**
7. **Es ist eine Lüfter-Lärminderung bei Lokomotiven vorzusehen.**
8. **Fahrzeuge mit Flachstellen sind auszusondern.**
9. **Wir erwarten die Ausgestaltung von glatten Gleisoberflächen, insbesondere in bewohnten Bereichen.**
10. **Stöße an Weichen, Isolierstöße und schlechte Schweißungen sind zu vermeiden.**
11. **In der Nähe von Gebäuden sind generell Unterschottermatten einzubauen.**
12. **Es sind flächendeckende Zugüberwachungs-Stationen einzurichten.**
13. **Wir fordern eine gleichberechtigte Anerkennung des ganzen Mittelrheintals von Bonn bis Mainz/Wiesbaden als das „Epizentrum“ des Bahnlärms in Deutschland.**
14. **Eine Zunahme des Güterverkehrs im Mittelrheintal ist nicht zu akzeptieren.**
15. **Wir fordern die Einführung von Immissionsobergrenzen auch für Bestandsstrecken.**
16. **Darüber hinaus ist neben der Ertüchtigung von Entlastungsstrecken langfristig nur eine umweltfreundliche Neubautrasse die wirkliche Lösung, um den Güterzugverkehr aus dem Mittelrheintal zu verbannen.  
Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass der Güterzugverkehr dauerhaft nicht mehr durch Wohngebiete führt und so die weltweit einzigartige Natur- und Kulturlandschaft des Mittelrheintals mit ihren Menschen erhalten bleibt.**
17. **Wir fordern die Umsetzung des im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene CDU, CSU und SPD verankerten Ziels, den Schienenlärm in Deutschland bis 2020 zu halbieren.**

Am Ende seines Schreibens wies Bürgermeister Georg Hollmann ausdrücklich darauf hin, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde Weißenthurm von dem durch die Eisenbahnstrecke verursachten Lärm und den Erschütterungen sehr betroffen sind und sich diese Betroffenheit vor allem auf die Gesundheit der Menschen auswirkt.

Rolf Papen dankte Georg Hollmann für dieses erneute beispielhafte Engagement und Eintreten für die Gesundheit und Lebensqualität so vieler vom zunehmenden Bahnlärm geplagter Menschen. Zugleich dankt er auf diesem Wege allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich an der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärmaktionsplanung des Eisenbahn-Bundesamtes beteiligt haben sehr herzlich und stellt fest: „Ohne das ehrenamtliche Engagement so vieler Mitstreiterinnen und Mitstreiter und ohne die Unterstützung unserer Bürgermeister, Landräte und Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene würden wir den Kampf gegen den Bahnlärm ganz sicher verlieren!“



***Pressemitteilung der Bürgerinitiative „WIR gegen Bahnlärm in der VG Weißenthurm e.V.“***